



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner AfD**

Stärkung der traditionellen Familie – Wider den sozialistischen Zeitgeist!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine Erweiterung und gleichzeitige Aufweichung des Familienbegriffes sowie ein „kleines Sorgerecht“ für „soziale Eltern“ nicht in eine Bundesgesetzgebung mündet.

Begründung:

Mit der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler am 08.12.2021 nahm eine Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP offiziell ihre Arbeit als 24. Bundesregierung auf. Im öffentlich zugänglichen Koalitionsvertrag finden sich zahlreiche Angriffe auf die traditionelle Familie von Vater, Mutter und Kindern.

So findet sich etwa unter *Kapitel V. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang* folgender Abschnitt:¹

„Wir werden das Familienrecht modernisieren. Hierzu werden wir das „kleine Sorgerecht“ für soziale Eltern ausweiten und zu einem eigenen Rechtsinstitut weiterentwickeln, das im Einvernehmen mit den rechtlichen Eltern auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann. Wir werden das Institut der Verantwortungsgemeinschaft einführen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen.“

Gemäß Art. 6 Grundgesetz (GG) genießt die Ehe und die Familie den besonderen Schutz des Staates. Oben ausgeführte Überlegungen legen die Axt an die Grundfesten unserer Gesellschaft und unserer Tradition. Aus einem Bündnis der Liebe und der gegenseitigen Verantwortung wird ein rein formales Zweckbündnis, das je nach Gusto um bis zu zwei weitere Erwachsene erweitert werden kann. Dies alles dient nicht dem Kindeswohl und widerspricht dem Gedanken unseres GG. Auch die Einführung eines technokratischen Konstruktes wie der Verantwortungsgemeinschaft ist Indiz einer vollkommen fehlgeleiteten Familienpolitik. Einer Erosion unserer Werte ist auf Bundesebene energisch entgegenzutreten.

¹ <https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>, S.101, (Letzter Zugriff am 01.02.2022)